

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.02.2022

Inhalt

EWN

1 Ukraine-Krise: Nord Stream 2 und Klimastiftung gestoppt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.02.2022</i>	3
2 Lubmin guckt in die Röhre <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.02.2022</i>	4
3 Energiegewinnung in den 60ern: “Atomkraft – Ja, bitte!” <i>ndr.de, 23.02.2022</i>	6
4 Milliardensubventionen für Atomkraft und gefälschte Bauteile <i>Telepolis von heise online, 22.02.2022</i>	8

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.02.2022 | S. 1

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke, Michael Meyer, Frank Pubantz

ESKALATION DES UKRAINE-KONFLIKTS UND DIE FOLGEN

Ukraine-Krise: Nord Stream 2 und Klimastiftung gestoppt

Sanktionen betreffen auch MV / Schwesig unterstützt Entscheidung

Nach der Anerkennung der Separatisten-Gebiete durch Russland und dem Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ost-Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Zertifizierung der Ostseepipeline Nord Stream 2 gestern vorerst gestoppt. Scholz sagte: „In dieser Phase ist es wichtig, neben ersten Sanktionen eine weitere Eskalation und Katastrophe zu verhindern.“ Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) forderte bei einem Besuch in Schwerin angesichts der geopolitischen Lage eine Neubewertung von Nord Stream 2. Deutschland müsse sich unabhängig vom russischen Gas machen.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) äußerte sich zur Entscheidung der Bundesregierung, die Zertifizierung von Nord Stream 2 auf Eis zu legen, vom Krankenbett aus auf ihrem Instagram-Profil: „Diese Entscheidung unterstützt unsere Landesregierung. Wir hoffen, dass es gelingt, eine diplomatische Lösung zu finden.“ Die Regierungschefin hatte vor einer Woche wegen einer Krebs-Nachsorgeoperation ihre Amtsgeschäfte unterbrochen.

Nordstream-Sprecher Steffen Hartmann sagte: „Wir haben die Nachricht zur Kenntnis genommen. Wir können diese Meldung aber nicht kommentieren und müssen Informationen abwarten.“

Vize-Ministerpräsidentin Simone Oldenburg (Die Linke) hat die umstrittene Klima- und Umweltstiftung MV, die mit russischem Geld gespeist wird, gestern gebeten, „alle Projekte ruhen zu lassen“. Stiftungsvorstand Erwin Sellering (SPD) sagte dazu: „Natürlich kommen

wir der Bitte der Landesregierung nach, dass die Arbeit die Pipeline betreffend ruht.“ Ob auch die Arbeit der Stiftung ruhen wird, ließ Sellering offen.

Ausgesetzt wird auch der Russlandtag in MV. Der Chef der Staatskanzlei, Patrick Dahlemaun (SPD), erklärte gestern: „Ein nächst möglicher Russlandtag könnte frühestens 2023 stattfinden. Die Landesregierung wird diese Pläne vorerst ruhend stellen.“

Die FDP forderte indes weiterreichende Sanktionen. Fraktions- und Landeschef René Domke, stellt auch die Unterzeichnung des Petersburger Partnerschaftsabkommens in Frage. Außerdem fordert er die Auflösung der Klimastiftung und eine außerordentliche Landtagssitzung noch in dieser Woche.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Harald Teppe, erklärte: „Das Aus der Ostsee-Pipeline ist eine notwendige, überfällige Konsequenz.“ AfD-Fraktionsvorsitzender Nikolaus Kramer forderte die Landesregierung hingegen auf, sich hinter die Pipeline zu stellen: „Nord Stream 2 ist ein wirtschaftliches Projekt, das wir strikt von den Interessen der USA und anderer Staaten trennen sollten.“ Die Linke im Landtag wirft Putin den Bruch des Völkerrechts vor, fordert den sofortigen Rückzug der russischen Truppen.

In Lubmin hofft man indes, dass es mit Nord Stream 2 weitergeht. Bürgermeister Axel Vogt (parteilos) sagt, dass die Aussetzung des Zertifizierungsverfahrens nicht das Scheitern des Projekts bedeute. Seiten 2, 3, 10

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.02.2022 | S. 10

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Martina Rathke

UMSTRITTENE ERDGAS-PIPELINE

Lubmin guckt in die Röhre

Lange war das Seebad in Vorpommern eine Hochburg der Russland-Versteher. Doch die Anerkennung von Donezk und Luhansk durch Putin bringt viele ins Grübeln.

Die Leitung ist noch nicht gekappt: Das Wohnschiff, auf dem die Bauarbeiter von Nord Stream 2 untergebracht waren, liegt weiter im Industriehafen von Lubmin. Strom und Wasser fließen über Schläuche auf das Schiff, die Versorgungssader funktioniert.

Auf der anderen Seite des Hafenanals verbreiten im Info-Container von Nord Stream 2 in Dauerschleife gesendete Werbefilme ungebrochenen Optimismus. Von der Stärkung des EU-Binnenmarktes ist dort die Rede, von der kürzesten Verbindung zwischen den Gasreserven Nordrusslands und Westeuropa und einer Verbesserung der europäischen Energiesicherheit. Business as usual? Mitnichten.

Seit der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), das Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 wegen der Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts zu stoppen, ist klar: Durch die umstrittene Pipeline wird so schnell kein Gas fließen. Lubmin schaut in die Röhre. „Der Russe ist geil auf Krieg. Er will sich beweisen“, kommentiert Daniel Niemann die aktuellen Nachrichten, die er gerade im Radio seines Firmentransporters hört. Der Monteur und sein Kollege Andreas Dufke machen auf einem Parkplatz in Lubmin Mittagspause. Zeit für ein Gespräch - über Weltpolitik, Putin und Lubmin.

Mit Nord Stream 2 haben er und sein Kollege nichts zu tun. Doch die Sorge, dass der Konflikt jetzt eskalieren und es zum Krieg kommen werde, ist groß. „Wenn der Russe einen Fehler macht und sich der Ami einmischt, dann ist die Kacke am Dampfen“, sagt Niemann und puhlt an seiner Mandarine.

Dass der Stopp des Zertifizierungsverfahrens für die Pipeline Putin irgendwie zur Vernunft bringen könne, glaubt er nicht. „Putin dreht dann noch den Gashahn der ersten Nord Stream-Trasse zu. Der lässt sich nicht beeindrucken.“ Sein Kollege greift zu einem Pudding,

zieht die Folie vom Deckel ab und schaut aufs Meer. „Was da alles in der Ostsee liegt“, sagt er und schüttelt den Kopf. Der ganze Stahl. Der Bodden durchwühlt. „Es wäre doch schade, wenn das alles nutzlos verbaut worden wäre.“ Neun Milliarden Euro, versenkt auf dem Meeresgrund.

Der Wind bläst scharf übers Meer - nicht von Osten, sondern aus dem Westen. Ulrike und Rüdiger Jaksch aus Bad Schmiedeberg genießen die klare Luft bei einem Spaziergang am Strand. „Ich bin auf Putins Seite“, sagt die 78-Jährige. „Ich finde so schade, dass Frau Schwesig gerade jetzt krank ist. Die ist so eine Kampfhenne“, sagt die Rentnerin.

Politische und wirtschaftliche Interessen miteinander zu koppeln, um Putin unter Druck zu setzen, findet das Paar unredlich. Der Amerikaner wolle doch nur sein Gas verkaufen, so Rüdiger Jaksch (86). Putin wolle nicht, dass die Ukraine zur Nato gehört. Das müsse der Westen verstehen. „Der Russe ist doch bereits umzingelt von der Nato.“

Bürgermeister Axel Vogt (parteilos) ist studierter Jurist und beurteilt als solcher den vorläufigen Stopp von Nord Stream 2. „Eine politische Aussetzung des Verfahrens kann nur temporär erfolgen“, argumentiert er. Alle Investoren hätten sich auf den geltenden Rechtsrahmen verlassen. „Damit ergibt sich letztlich ein verwaltungsrechtlicher Entscheidungsanspruch der Beteiligten“, teilt Vogt wegen der vielen Presseanfragen, die gestern auf ihn einprasseln, in einem schriftlichen Statement mit.

Die Aussetzung des Zertifizierungsverfahrens bedeutet für ihn nicht das endgültige Scheitern des Projektes, sondern sei ein „weiter verzögernder Zeitfaktor unbekannter Dauer“, so Vogt. Er setzt auf eine diplomatische Lösung des Konfliktes. Richtig weh tut der Gemeinde mit etwa 2100 Einwohnern die Entschei-

derung nicht. Noch nicht. Weder in diesem noch in den kommenden Jahren seien Gewerbesteuereinnahmen aus Nord Stream 2 im Haushalt eingeplant gewesen, so Vogt. Solange Gas durch die Nord Stream 1 fließt, und damit auch Geld in die Gemeindekasse, ist alles gut.

Die Gemeinde hat Nord Stream immer als verlässlichen und fairen Partner erlebt, als Sponsor für den Sport und für Technik in der Schule. Etwa 1,5 bis 2 Millionen Euro Gewerbesteuern spült die erste Ostsee-Pipeline jährlich in den Haushalt der Gemeinde. Auf dem Betriebsgelände von Nord Stream 2 ist es ruhig, während das politische Gewitter um die Gas-

leitung tobt. Nur ein Arbeiter läuft durch das Labyrinth von metallenen Röhren und Ventilen, das darauf wartet, endlich in Betrieb genommen zu werden. Die Gazprom-Tochter gibt sich nach den Meldungen aus Berlin zugeknöpft. „Wir können diese Nachrichtenmeldung nicht kommentieren und müssen entsprechende Informationen der Behörden abwarten“, teilt Unternehmenssprecher Steffen Hartmann mit.

Nur hundert Meter vom Betriebsgelände entfernt, das durch die Politik in einen längeren Winterschlaf versetzt wurde, steht der Info-Container von Nord Stream 2 - und beschwört weiter in Dauerschleife die Verlässlichkeit russischer Gaslieferungen.

 ndr.de | 23.02.2022 | S. 05:00 Uhr

 Ulrike Bosse

 WEBLINK

Energiegewinnung in den 60ern: “Atomkraft – Ja, bitte!”

Bis in die 1960er-Jahre gilt Atomkraft als sauber, günstig und wachstumstreibend. Es gibt kaum nachhaltigen Widerstand gegen die scheinbar “saubere” Energie. Das ändert sich in den 1970er-Jahren mit dem Aufkommen der Anti-Atomkraft-Bewegung.

Die 60er-Jahre waren geprägt vom Glauben an die Gestaltbarkeit der Zukunft. Große Hoffnungen verbanden sich weltweit mit der Atomkraft. Von der Politik wurde sie massiv gefördert; Widerstand gegen den Bau von Kraftwerken gab es zunächst noch nicht. Bevor die ersten kommerziellen Kernkraftwerke ans Netz gingen gab es Forschungsreaktoren - auch in Geesthacht.

Friedliche Nutzung von Atomkraft begeisterte in den 50ern

“Es gab in der Gesellschaft die Entwicklung, dass man der Atomkraft alles zutraute”, erinnert sich Hans-Georg Priesmeyer, der langjährige Leiter des Labors für angewandte Neutronenphysik am Forschungsreaktor in Geesthacht an die Anfänge der Atomkraft in Deutschland. Ja, es gab die Angst vor der Atombombe, und gegen eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen waren die Deutschen in den 50er-Jahren auf die Straße gegangen. Aber die Vision für eine friedliche Nutzung der Atomkraft, die US-Präsident Eisenhower 1953 in einer Rede vor den Vereinten Nationen entwickelt hatten, begeisterte die Menschen.

“Atoms for peace” informierte über geheime Forschungen

Wissenschaftler wie der Göttinger Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker lobten, dass die Atomkräfte bei einer UNO-Konferenz unter dem Titel “Atoms for peace” 1955 erstmals öffentlich über ihre bis dahin geheimen Forschungen auf diesem Feld unterrichteten. Hans-Georg Priesmeyer war damals noch ein Schüler: “Es ist durchaus so, dass ich wahnsinnig Angst hatte vor diesen Atompilzen, die man überall zeigte. Und ich war froh, dass man auch etwas anderes anfangen konnte mit dieser Angelegenheit, nämlich etwas Friedliches und Nützliches.”

Öl und Kohle waren knappe und teure Ressourcen

Ein wichtiger Grund für das Interesse an der Atomenergie war die Suche nach neuen Energiequellen. Es waren Boom-Zeiten, und die Fachleute gingen davon aus, dass der Energiebedarf im gleichen Maßstab wachsen werde wie die Wirtschaft. Hans-Georg Priesmeyer erinnert sich an den Ausspruch eines Lehrers, der auf ihn großen Eindruck machte: “Irgendwann mal, weiß ich noch genau, dass er sagte: In einer Zeit, in der Öl und Kohle knapp werden - das war damals der Eindruck - da schickt uns der Himmel das Atom.”

Mondlandung: Menschen waren offen für Fortschritt

Die Sorge vor radioaktiver Strahlung sei noch nicht so ausgeprägt gewesen, wie heute, sagt Priesmeyer. “Es hat ja sogar radioaktive Zahnpasta gegeben - wegen strahlender Zähne, die man davon bekommt.” Die Gefahren der Atomkraft-Nutzung, die gesehen wurden, habe man für beherrschbar gehalten - ebenso wie die Frage, wo man eines Tages mit dem Atommüll bleiben solle. Technische Neuerungen wurden insgesamt positiver bewertet als heute, erzählt Hans Georg Priesmeyer: “Fernsehen kam auf, das Telefon mit Schnur, da gab es so viel Neues - und das wurde mit Begeisterung aufgenommen.” Die technischen Möglichkeiten schienen unbegrenzt: 1961 flog der russische Kosmonaut Gagarin als erster Mensch ins All, 1969 landete die Raumkapsel “Apollo 11” mit drei amerikanischen Astronauten an Bord auf dem Mond.

1961 geht in Deutschland erstes AKW Kahl ans Netz

Das erste kommerzielle Atomkraftwerk ging 1956 im britischen Calder Hall ans Netz. 1957 wurden die ersten Forschungsreaktoren in Deutschland eingeweiht: in der Bundesrepublik in Garching bei München, in der

DDR in Dresden-Rossendorf. Im Norden wurde ab Oktober 1958 in Geesthacht mit dem Forschungsreaktor FRG-1 gearbeitet. Und 1961 bekam schließlich auch die Bundesrepublik mit Kahl ihr erstes kommerzielles AKW. Die Bruttoleistung des AKW Kahl lag bei 16 Megawatt - heute liegt die Leistung eines durchschnittlichen Atomkraftwerks bei rund 1.200 bis 1.400 Megawatt.

Neue Energiegewinnung: Politik unterstützt Unternehmen

Dort, wo Atomkraftwerke gebaut wurden, gab es durchaus auch Skepsis, kritische Nachfragen und manchmal lokale Proteste. Aber nachhaltigen Widerstand gab es nicht. Auch für die Energieunternehmen waren Atomkraftwerke erst einmal nur eine von mehreren Möglichkeiten der Energiegewinnung. Ihre Ingenieure sahen die technische Herausforderung; ihre Buchhalter die Kosten, die damit verbunden waren. Hans Georg Priesmeyer sagt: "Ich hatte den Eindruck, dass die deutsche Industrie nicht auf Anhieb darauf abgefahren ist. Aber dann wurde gesagt: Es ist billig, es ist zuverlässig zu machen. Die Politik hat das unterstützt."


Industrieland Deutschland setzt auf Exportwirtschaft

Die Politiker sahen nicht nur die Möglichkeit einer günstigen Form der Energiegewinnung in der Atomkraft. Sondern sie waren auch der Überzeugung, dass

die Atomkraft der zentrale Baustein für den technischen Fortschritt und eine "Zweite Industrielle Revolution" sein werde. Zugespielt hieß das dann: Wer keine Atomkraft im Angebot hat, kann irgendwann auch keine Staubsauger mehr verkaufen. Als Industrieland und Exportwirtschaft müsse Deutschland dabei sein beim Aufbruch in ein neues technisches Zeitalter, war die Überzeugung. Am Forschungsreaktor Geesthacht habe damals wirkliche Aufbruchstimmung geherrscht, erzählt Hans Georg Priesmeyer. "Da war Power drin. Wir machen was Neues, wir machen was Tolles und sind mit dem Herzen dabei."

Anti-Atomkraft-Bewegung formiert sich in den 70er-Jahren

In den 70ern änderte sich dann die Sicht auf die Atomkraft. Die kritischen Stimmen wurden lauter. Manches sei auch leicht hysterisch gewesen, meint Hans Georg Priesmeyer. Etwa wenn erzählt wurde, dass in Geesthacht Rinder mit zwei Köpfen herumliefen und daran radioaktive Strahlung schuld sei. Seine Haltung zur Atomkraft ist nach wie vor positiv. "Respekt sollte man davor haben. Wissen, worum es geht. Und wissen, wie man damit umgeht." Wie mit den Ängsten der Menschen und den Protesten gegen die Atomkraft ab den 70er-Jahren umgegangen wurde, findet er aber auch nicht richtig. "Da prügelt man nicht auf die Leute ein, spritzt sie nicht mit Wasser nass. Das sind ja keine Argumente, die überzeugen."

Ein Angebot von  heise online**TELEPOLIS** Telepolis von heise online | 22.02.2022 Ralf Streck WEBLINK

Milliardensubventionen für Atomkraft und gefälschte Bauteile

USA: 5,3 Milliarden Euro für Atomindustrie - in den "meisten, wenn nicht allen" Atomkraftwerken sollen unsichere Bauteile verbaut sein; Frankreich muss die Pleite-EDF mit 2,1 Milliarden retten

Zwei unterschiedliche Meldungen, die scheinbar in keinem Zusammenhang stehen, zeichnen oft ein klareres Bild der Gesamtlage. Zunächst hatte in den USA die Nuclear Regulatory Commission (NRC) mitgeteilt, dass in "den meisten, wenn nicht allen" Atomkraftwerken der USA gefährliche Bauteile verbaut worden sein dürften, die nicht den Sicherheitsanforderungen entsprechen.

Nach einem Bericht des Generalinspektors der Bundesaufsichtsbehörde für die Atomindustrie wurden "gefälschte, betrügerische und verdächtige" Bauteile in den Atomkraftwerken des Landes verbaut, die nicht über die nötigen Sicherheitszertifikate verfügen. Gesprochen wird von "counterfeit, fraudulent, and suspect items (CFSI)".

Diese gefälschten oder nachgebauten Bauteile würden "Fragen hinsichtlich der nuklearen Sicherheit und der Gefahrenabwehr" aufwerfen und sie "könnten schwerwiegende Folgen" zeitigen, beschreibt der Generalinspektor Christopher T. Hanson weiter.

Mehr als 100 Vorfälle

Die Untersuchung war eingeleitet worden, nachdem bei der NRC Berichte von Whistleblowern eingegangen waren. Die Aufsichtsbehörde schreibt, es sei eine "Reaktion auf Informationen" von Beschwerden in drei Bereichen. So seien vermutlich nicht nur gefälschte Teile in den meisten oder allen Atomkraftwerken zu finden, sondern auch der Frage sei nachgegangen worden, ob auch die NRC selbst "Überwachungsstandards" gesenkt und es "versäumt" habe, auf Beschwerden wegen CFSI-Bauteilen zu reagieren.

Besonders bedenklich ist, wie in dem Bericht ausgeführt wird, dass Mitarbeiter des Energieministeriums (DOE) allein im vergangenen Jahr "mehr als 100 Vorfälle" im Zusammenhang mit den gefälschten Bauteilen identifiziert haben, darunter waren "fünf Vorfälle, die

sicherheitsrelevante Komponenten" betroffen hätten.

So war in einem Fall eine Wasserpumpe betroffen und die ist genau für den Notbetrieb im Ernstfall bedeutsam. Es ist aus Fukushima nur zu gut bekannt, was passiert, wenn ein Reaktor nicht mehr gekühlt werden kann. In einem Atomkraftwerk sei eine "entdeckte installierte gefälschte Pumpenstange einer Notbetriebspumpe nach sehr kurzer Betriebszeit gebrochen." Im Notfall hätte sie damit für die Notkühlung des Reaktors versagt.

In einem anderen Atomkraftwerk seien "etwa 15" Sensoren zur Überwachung der Temperatur ausgefallen, die zur Erkennung von Dampfleitungsbrüchen in verschiedenen Bereichen des Kraftwerks eingesetzt werden. "Es gab Hinweise darauf, dass einige Geräte mit mangelhaften Teilen repariert worden waren und anschließend vorzeitig ausfielen", stellt der Bericht fest, der auch von "unzulänglichen Wartungspraktiken" sprach. Festgestellt wurden auch fehlerhafte Unterbrecherschalter, die Brände verhindern sollen.

Was die Beschwerden von möglichen abgesenkten Kriterien zur Überwachung von gefälschten Teilen durch die Aufsichtsbehörde selbst angeht, wurde vom Generalinspektor kein definitiver Beweis gefunden. Allerdings stellt Hanson fest, dass "mehrere Beispiele darauf hindeuteten".

Das gelte auch für fehlende Kontrollen über mögliche Verstöße und dazu käme eine abnehmende Zahl über Berichte zu Mängeln und zur Nichteinhaltung von Sicherheitsnormen. Die NRC-Website zeige einen Rückgang der eingereichten Berichte nach "Part 21" in den letzten fünf Jahren. "Seit 2011 ist die Zahl der Part-21-Berichte in Atomanlagen um mindestens 50 Prozent zurückgegangen."

Insgesamt ist es wahrlich nicht neu, und auch nicht auf die USA beschränkt, dass mit fehlerhaften oder ge-

fälschten Teilen in der gefährlichen Atomindustrie gearbeitet wird. Es ist bekannt, dass auch etliche fehlerhafte Teile mit gefälschten Sicherheitszertifikaten aus Frankreich weltweit verbaut wurden. Die NRC ging vor einigen Jahren davon aus, dass zweifelhafte Komponenten aus der früheren Areva-Schmiede "Creusot Forge" in 17 Atommeilern der USA verbaut wurden. Die gehört nun, nach der Pleite von Areva, zu Framatome und damit zum teilstaatlichen Energieriesen EDF.

Frankreich

In Creusot sollen seit 1965 Zertifikate gefälscht worden sein. Betroffen davon war auch sicherheitsrelevante Teile für das Atomkraftwerk in Fessenheim am Oberrhein, das inzwischen definitiv stillgelegt wurde. Heraus kam der Schwindel aber über den Neubau in Flamanville. In dem "neuen" sogenannten "European Pressurized Reactor" (EPR), der eigentlich schon seit zehn Jahren Strom liefern sollte, aber das auch mindestens zwei weitere Jahre nicht tun wird, wurden zum Beispiel auch fehlerhafte Teile am Reaktorbehälter verbaut.

Das ist auch der französischen Aufsichtsbehörde (ASN) bekannt, die ihn trotz allem ans Netz lassen will. Der Reaktordeckel soll dann nach einigen Betriebsjahren überprüft werden. Wie das gehen soll, weiß man noch nicht. Vom ebenfalls mangelhaften Reaktorboden spricht man nicht, da eine Überprüfung illusorisch wäre. Statt den Pleiten-, Pech- und Pannen-EPR endlich zu beerdigen, will Frankreich nun für viel Geld (geplante 50 Milliarden Euro) sechs weitere bauen.

Biden: Milliarden-Subventionen für AKW

Kommen wir zum zweiten Vorgang in den USA, der mit Teilen, die die nötigen Sicherheitsanforderungen nicht erfüllen, auf den ersten Blick scheinbar nichts zu tun hat. Auf den zweiten Blick lässt sich aber ein direkter Zusammenhang sehen. So will die Regierung von US-Präsident Joe Biden ein Hilfsprogramm für Atomkraftwerksbetreiber auflegen. Mit sechs Milliarden US-Dollar (5,3 Milliarden Euro) sollen alte Atomkraftwerke subventioniert werden.

Darüber soll der Weiterbetrieb von Meiler gesichert werden, die sonst aus ökonomischen Gründen abgeschaltet würden. Selbst Atomkraftbetreiber räumen immer wieder ein, dass Atomkraftwerke unrentabel sind.

Die angeblich so effizienten Atomkraftwerke, die angeblich so billigen Atomstrom liefern, wie die Atomlobby doch stets propagiert, müssen auf die eine oder andere Art hoch subventioniert werden, um sie am Leben zu erhalten. "Warum die US-Regierung Milliarden

ausgeben will, um verlustbringende Atomkraftwerke am Laufen zu halten", titelte zum Beispiel in diesen Tagen CNBC in den USA.

Die USA verfügen nicht nur weltweit über den größten Atomkraftwerks-Park, dort sind 93 Reaktoren am Netz, die allerdings nur rund 20 Prozent des Stroms im Land liefern. In Frankreich, das noch tiefer in der Atom-Sackgasse steckt, waren es bisher etwa 66 Prozent, mit abfallender Tendenz wegen massiver Probleme im alten Kraftwerkspark.

Das bringt den Kraftwerksbetreiber EDF in noch stärkere Schieflage, worauf weiter unten eingegangen wird. Das zwingt das Land nun aber auch, nach den vollmundigen Ankündigungen vom Kohleausstieg, die Kohleverstromung wieder aufzunehmen, um zu versuchen, einen Blackout abzuwenden.

Doch zurück in die USA, dort stehen Atomkraftwerksbetreiber schon seit geraumer Zeit unter Druck, da erneuerbare Energien den Strom billiger liefern. Aber auch Erdgas sei billiger, zitiert der TV-Sender CNBC den Experten Ben King:

"Wenn Erdgas billig ist, ist es für die Kernenergie extrem schwierig, die Kosten zu decken, die sie braucht, um in Betrieb und wirtschaftlich zu bleiben."

Wie von Telepolis gerade aufgezeigt, sind die USA nicht nur der größte Ölproduzent, sondern bauen ihre Vormachtstellung auch im Gas-Sektor aus. Es ist der seit Jahren starke Kostendruck, der dann auch betrügerisches Vorgehen verstärkt, sodass mangelhafte und deutlich billigere Bauteile in den gefährlichen Anlagen verbaut werden, die nicht über die nötigen Sicherheitsgarantien wie Originalteile verfügen.

Die Lage ist in den USA ist ähnlich verfahren und vielleicht sogar noch gefährlicher als in Frankreich, denn die Reaktorflotte ist sogar noch älter als bei unserem Nachbarn. Die USA verfügen weltweit über den ältesten Reaktorpark mit einem Durchschnittsalter von etwa 40 Jahren. Die meisten AKW gingen dort schon vor 1985 in Betrieb.

Im vergangenen Jahrzehnt sind aber bereits ein Dutzend Reaktoren vom Netz gegangen, weil sie, obwohl längst abgeschrieben, in sich veränderten Strommärkten längst nicht mehr rentabel waren. Der Anteil von 20 Prozent Atomstrom an der Stromversorgung ließe sich in dem riesigen Land aber leichter und schneller zum Beispiel durch erneuerbare Quellen ersetzen als die 66 Prozent in Frankreich.

Doch statt sichere und rentablere erneuerbare Ener-

giequellen zu fördern, will die Biden-Regierung nun Atomkraftwerke mit sechs Milliarden Dollar subventionieren, denen sonst das ökonomische Aus droht. Damit soll ihre Abschaltung verhindert werden. Das ist nicht nur angesichts mangelhafter Bauteile ein gefähr-

liches Spiel, sondern allein schon wegen der Tatsache, dass die Gefahren in Atomkraftwerken im Laufe der Jahre wegen der Versprödung der Materialien zunehmen.